

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Mercosur-Abkommen stoppen

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass das seit mehr als 20 Jahren verhandelte Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Brasilien, Argentinien, Uruguay sowie Paraguay die Quote exportbeschränkter Güter wie Zucker, Ethanol, Rindfleisch und Geflügel künftig deutlich erhöhen soll und im Gegenzug Exporte von europäischen Industriewaren wie Autos und Maschinen von Zöllen befreit werden. Ebenso soll der Zugang der Europäischen Union zu Rohstoffen wie seltene Erden gesichert werden. Es ist zu befürchten, dass die weit geringeren Sozial- und Umweltstandards in den Mercosur-Staaten europäische Landwirte und insbesondere die Weidetierhaltung unter starken Druck setzen werden. Das Abkommen steht dabei im Widerspruch zu den drei Grundprinzipien des European Green Deal.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. sich vor allem im Rahmen der Agrarministerkonferenz (AMK) gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass dieses Abkommen so nicht kommen wird und damit dem Beispiel von Österreich zu folgen, das das Mercosur-Abkommen ablehnt.
 2. regionale Erzeugung und Wertschöpfungsketten verstärkt zu fördern und sich im Rahmen der AMK für die Einführung einer Weidetierprämie einzusetzen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Forscher aus 22 internationalen Forschungseinrichtungen, darunter die Humboldt-Universität Berlin, das Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrum und das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, haben zu dem geplanten Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten ein vernichtendes Urteil gefällt: Es widerspräche allen Grundprinzipien des Europäischen Green Deals.¹ Dieser sieht vor, dass bis 2050 keine Netto-Treibhausemissionen mehr freigesetzt werden. Der Import von Fleisch und Sojaprodukten wird dieses Ziel unmöglich machen, da deren Produktion mit einem hohen Ausstoß von Treibhausgasen verbunden ist, zumal für die Produktion Regenwälder gerodet werden sollen. Außerdem soll das Wirtschaftswachstum gemäß Green Deal von der Ressourcennutzung entkoppelt werden. Der im Green Deal vorgesehene Ausschluss der Benachteiligung von Regionen oder Bevölkerungsgruppen kann mit diesem Abkommen auch nicht erreicht werden, da es ohne die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung, vor allem ohne Beteiligung indigener Gemeinschaften, verhandelt wurde.

Anfang 2020 scheiterte der Vertragsentwurf an der ablehnenden Haltung der Republik Österreich. Bundeskanzler Sebastian Kurz forderte von der EU-Kommission eine Neuverhandlung des Abkommens. Er sei „gespannt, ob es gelingt, hier noch eine andere Vereinbarung zu treffen“ und teilte mit, „so, wie das Abkommen jetzt ist, wird es nicht kommen.“²

Im Oktober 2020 lehnte das EU-Parlament den Entwurf des Freihandelsabkommens in der bestehenden Form ab. Mit 345 zu 295 Stimmen votierten die Abgeordneten beim Bericht zur EU-Handelspolitik für einen Änderungsantrag, der das Aus für das Abkommen bedeuten könnte.

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, kritisierte: „Es ist nicht zu akzeptieren, dass die EU-Kommission diese völlig unausgewogene Vereinbarung unterzeichnet. Dieses Handelsabkommen ist Doppelmoral pur. Es gefährdet die Zukunft vieler bäuerlicher Familienbetriebe, die unter den hohen europäischen Standards wirtschaften.“³

Die Behauptung der EU-Kommission und Teilen der deutschen Politik, dass die europäische Handelspolitik wertebasiert sei, stellt sich mit dem geplanten Abkommen als unwahr heraus. Auch wenn das geplante Abkommen derzeit auf Eis liegt, sollte Deutschland sich für eine Neuverhandlung des Mercosur-Abkommens einsetzen.

¹ Quelle: <https://idw-online.de/de/news753850>

² Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/sebastian-kurz-verlangt-neuverhandlung-von-eu-kommission-16577625.html>

³ Quelle: <https://www.agrarheute.com/politik/mercosur-abkommen-so-reagiert-branche-554911>